

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/88

9. Mai 1973

Rainer Barzels Rücktritt

-----  
Konsequenz aus der Selbstaufgabe der Opposition

Seite 1 / 38 Zeilen

Anerkennung der Realitäten

-----  
Eine Notwendigkeit für alle Seiten

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

Wir brauchen bessere und vernünftige Gesetze!

-----  
Maklerei-Mißstand muß öffentlich diskutiert  
werden

Von Peter Conradi MdB  
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Raum-  
ordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 4 und 5 / 97 Zeilen

Rainer Barzels Rücktritt

Konsequenz aus der Selbstaufgabe der Opposition

Der Rücktritt des CDU-Politikers Dr. Rainer C. Barzel vom Posten und Amt des Vorsitzenden der CDU- und CSU-Bundestagsfraktion, das er seit zehn Jahren innegehabt hat, verdient über die personelle Seite hinaus größte Aufmerksamkeit. Der Auslöser für diesen innen- und außenpolitisch wichtigen Schritt ist das in seiner Absurdität kaum noch zu fassende Nein der Mehrheit der Unionsfraktion zum Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen. Dr. Barzel hat in seiner persönlichen Erklärung mit vollem Recht gesagt, daß dieses Nein der Unionsfraktion von niemandem in der Welt - "und schon gar nicht von unseren Freunden" - verstanden werden wird. Die Begründungen, die die Gegner des UNO-Beitritts, an ihrer Spitze natürlich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, für ihr Antivotum abgegeben haben, lassen im grellen Licht das politische Desaster erkennen, in dem sich diese zwei Parteien befinden, die offensichtlich den Anschluß an die Entwicklung verloren haben.

Herbert Wehner hat das Nein-Votum der Unions-Fraktion ein massives Signal genannt, das Dr. Barzel verstanden und aus dem er die Konsequenzen gezogen habe. Dieses massive Signal muß aber auch über den Bundestag und über Bonn hinaus gehört und verstanden werden, denn in der reaktions-intransigenten Haltung, der sich nach der CSU auch die CDU unter der Führung von Franz Josef Strauß in die Arme geworfen hat, liegt eine vorerst innenpolitische Gefahr, mit der wir uns alle konfrontiert sehen.

Diese Demokratie braucht eine parlamentarische Opposition, die aus sich heraus fähig und in der Lage ist, Sachentscheidungen aus nüchternem Verstand zu treffen und Verantwortungen mit zu übernehmen, die dem ganzen Parlament als dem Sprecher des Volkes gestellt sind. Diese CDU/CSU-Opposition aber verstrickt sich in Emotionen und in einen seit Monaten schwelenden Personalhickhack, durch die sie sich den Blick nach vorn verbarrikadiert. Mit dem Nein zum UNO-Beitritt treibt sich diese Opposition - und vor allem auch die CDU - endgültig in eine Negativphase, aus der sie sich mit allen noch verfügbaren Kräften retten muß, wenn sie nicht der Selbstaufgabe anheimfallen soll.

(ee/9.5.1973/bgy/fh)

+ + +

### Anerkennung der Realitäten

---

#### Eine Notwendigkeit für alle Seiten

Mit einem kardinalen Faktum wird man sich auf allen Seiten wohl oder übel abfinden müssen: Niemand kommt mehr an den Realitäten vorbei, die durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges und durch die sich daran anschließenden zwei Jahrzehnte welt-politischer Veränderungen für das Jahr 1973 ergeben haben. Diese Veränderungen schließen allerdings jeden Aspekt ein, und sie treffen beileibe nicht etwa nur die Deutschen in der Bundesrepublik, auf die sich in den Augen mancher Beobachter und mancher aktiven Politiker auch von heute alle Schuld-, Verantwortungs- und Wiedergutmachungskonsequenzen immer noch konzentrieren und auswirken sollen. Diese Veränderungen schließen also auch Entwicklungen ein, die die unmittelbare und weiterwirkende Folge der konkreten Ergebnisse der von Willy Brandt inszenierten und durchgesetzten Ostpolitik sind und die sich in den Verträgen von Moskau und Warschau, in dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, in den Vereinbarungen der Bundesrepublik mit der DDR und mit dem vom Bundestag jetzt zu akzeptierenden Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Ost-berlin unübersehbar dokumentieren.

Man wird sich ohne weitere Umschweife auf den Boden dieser Tatsachen zu stellen haben, wenn man sich nicht mit der unfruchtbaren Rolle von Klageweibern oder mit der Position von apolitischen Leuten begnügen will, die hinter den nun einmal mit dem Consensus aller Mächte erreichten Status quo zurückzugehen versuchen. Die Frage, wo sich die Bundestags-Opposition eingliedern möchte, ist von ihr selbst zu beantworten.

Die Anerkennung der Realitäten ist aber nicht nur eine Sache der Westdeutschen allein. Mit diesen Realitäten sehen

sich auch die jetzigen und künftigen Vertragspartner der Bundesrepublik im Osten konfrontiert. Was die Bundesrepublik im Rahmen der Ostpolitik zu leisten hatte, um die internationale Entspannung in dem besonders anfälligen mitteleuropäischen Raum, die Kooperation über ideologische und Gesellschafts-Unterschiede hinaus und die menschliche Annäherung zu ermöglichen, voranzutreiben und zu verstärken, das hat sie geleistet. Die Verträge und die Abkommen sind Verpflichtungen für beide Seiten, und nicht nur die deutsche Seite allein hat die Realitäten zu akzeptieren und mit ihnen zu leben und fertigzuwerden. Schon der Versuch zu kleinlichen Rückentwicklungen in den Beziehungen, um Willy Brandt zu zitieren, produziert Fehlentwicklungen, die mit dem Buchstaben und dem Geist der Verträge und Abkommen und den hinter ihnen stehenden und ständig bekundeten Absichten nicht zu vereinbaren sind.

Der Bundeskanzler hat angekündigt, daß er in seinen Gesprächen mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnjew, alle einschlägigen Fragen in der Öffentlichkeit ansprechen wird, die allein Vertrauen schaffen kann und die der einzige Weg zur erwünschten Verständigung ist. Willy Brandt weiß sich bei diesem Vorhaben der Zustimmung aller Deutschen sicher, denn der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik liegt sehr daran, daß der Weg, der mit den Ostverträgen begonnen wurde, auch zu dem Erfolg führt, dem wir dann ein Leben in Frieden und Zusammenarbeit verdanken können.

Basisvoraussetzung aber ist und bleibt die Anerkennung der Realitäten, mit denen wir zu leben haben und die für alle Seiten gelten: ausnahmslos.

o/9.5.1973/bgy/ee

+ + +

Wir brauchen bessere und vernünftige Gesetze !

Maklerei-Mißstand muß öffentlich diskutiert werden

Von Peter Conradi MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses  
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Das lautstarke Echo der Makler auf den Makler-Beschluß des SPD-Parteitags in Hannover soll uns nicht daran hindern, diesen Beschluß sachlich zu diskutieren, zumal es sich nicht um ein Gesetz - Gesetze macht der Bundestag -, sondern um die Willenserklärung eines Parteitags handelt. Ich selbst habe dieser Willenserklärung als Delegierter zugestimmt, obwohl ich sie in der SPD/FDP-Koalition nicht für realisierbar und in ihren Konsequenzen für nicht ausdiskutiert halte. Trotzdem bejahe ich diesen Beschluß, weil er eine Grundforderung meiner Partei aufnimmt: Grund und Boden sollen nicht länger Ware sein! Und wenn das erste große Geschrei der Betroffenen verklungen ist, wird man in Ruhe über diese Frage diskutieren können. Dazu einige Hinweise:

1/ Das Grundgesetz legt in Artikel 12 die Freiheit der Berufswahl fest; es bestimmt gleichzeitig, daß die Berufsausübung durch Gesetz geregelt werden kann. Der Gesetzgeber hat beispielsweise durch die Entscheidung, die Eisenbahn und die Arbeitsvermittlung in seine Hand zu nehmen und nicht dem privaten Profitstreben zu überlassen, kein Berufsverbot für Lokomotivführer oder Berufsberater erlassen; er hat nur festgelegt, daß diese Berufe nicht mehr privat, sondern nur noch im öffentlichen Dienst ausgeübt werden können. Würde also der Gesetzgeber beschließen, die Vermittlung von Grundstücken und Gebäuden als öffentliche Aufgabe in eigene Hände zu übernehmen, so gäbe es auch dann noch Makler, allerdings nicht mehr private Makler, sondern eben Makler im öffentlichen Dienst. Ob das gut oder schlecht für die Gesellschaft wäre, ist eine ganz andere Frage. Es muß aber festgehalten werden, daß der SPD-Parteitagsbeschluß, würde er Gesetz, absolut verfassungskonform wäre. Wer hier von einem "Bruch der Verfassung" redet, setzt die heutige Wirtschaftsordnung kurzerhand mit dem Grundgesetz gleich. Der Verfassungsrichter Leibholz hat aber zu Recht darauf hingewiesen, daß das Grundgesetz auch andere Wirtschaftsordnungen zuläßt.

2/ Beim Boden und bei bestimmten Wohnungsarten überwiegt in den Ballungsräumen die Nachfrage das Angebot bei weitem. Daraus hat sich ein einträglicher, häufig geradezu parasitärer Zwischenhandel entwickelt, der oft die Verteilung einseitig beeinflusst, sich auf Kosten der Nachfrager unangemessen bereichert und durch spekulatives Verhalten (Verfilzung zwischen Maklern und freien Bauträgern) die Planungen der Gemeinden stört, unterläuft und manchmal sogar zunichte macht. Dieser Zwischenhandel, der selbst keine Werte schafft, denn den Bodenwert schafft die Allgemeinheit, ist zum öffentlichen Ärgernis geworden, ähnlich wie der Schwarzhandel der Nachkriegszeit, der sich ebenfalls eine Mangelware der Bevölkerung zunutze machte. Es ist unbestritten, daß es zahlreiche korrekte und ehrenwerte Makler gibt, die sich ihr Brot durch ehrliche Arbeit verdienen. Diese Feststellung ändert nichts an der

Tatsache, daß die Makler jahrelang zu unsauberen Praktiken geschwiegen haben und sich erst dann zu eigenen Schritten veranlaßt sahen, als Jungsozialisten und Verbraucherorganisationen Lärm schlugen und die SPD in einer Reihe von Städten kommunale Wohnungsvermittlungen einrichtete. Der Protest der Makler wäre glaubwürdiger, hätten sie in ihrem eigenen Haus für Sauberkeit und Ordnung gesorgt. Das haben sie nicht, und diesen Makel kann kein noch so lautes Wehgeschrei tilgen.

3/ Marktwirtschaftlich wäre eine Zusammenfassung des Grundstücks- und Gebäudeangebots durchaus vertretbar. Die derzeitige Regelung führt zu einem zersplitterten, für viele Nachfrager eingeschränkten und insgesamt unübersichtlichen Angebot. Die Mangel-lage beim Boden wie bei bestimmten Wohnungsarten wird dadurch verstärkt. Bieter wie Nachfrager hätten bei öffentlicher Vermittlung, ähnlich wie beim Arbeitsmarkt, eine vollständige Marktinformation und bessere Auswahlmöglichkeiten. Daß neben der öffentlichen Vermittlung die direkte Kontaktaufnahme zwischen privaten Bietern und Nachfragern möglich bliebe, ähnlich wie bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung, die ja ebenfalls private Stellengesuche und Stellenangebote in den Zeitungen zuläßt, ist selbstverständlich. Zweifellos hätte ein öffentliches Vermittlungsmonopol für Boden und Gebäude auch Gefahren, etwa der Bürokratisierung, des schwarzen oder grauen Marktes, der Korruption. Deshalb ist es notwendig, nicht nur unter den Fachleuten, sondern in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion über die Zukunft des Boden- und Wohnungsmarktes zu führen und verschiedene Möglichkeiten durchzudenken. Dabei werden sich noch viele kleine Detail-Teufel zeigen. Die Alternative jedoch, alles so zu lassen, wie es ist, werden nur die vertreten, die am bisherigen Zustand profitieren.

4/ Bundestag und Bundesregierung können sich dieser öffentlichen Diskussion eines offensichtlichen Mißstands nicht entziehen. Notwendig wäre als erster Schritt eine wesentlich schärfere gesetzliche Regelung über die Berufsausübung und die Gebührenregelungen der Makler sowie die Einführung einer öffentlichen Kontrolle. Es erscheint mir durchaus denkbar, dem Maklerberuf, statt ihn zu kommunalisieren, eine halböffentliche Stellung, ähnlich der des Notars, zu geben.

Schließlich noch ein Zitat aus der Rede des Frankfurter Oberbürgermeisters Rudi Arndt auf dem Parteitag in Hannover zu diesem Thema: "Durch eine solche Regelung, die die Fragen des Wohnungs- und Grundstücksmarkts nicht mehr einfach dem Prinzip des Wettbewerbs, d.h. der Gewinnmaximierung überläßt, kann ein entscheidender Beitrag zur Rettung unserer Städte geleistet werden. .... Es sind keinesfalls die Makler, die böse Menschen sind, sondern es sind Gesetze dieser Gesellschaftsordnung, die ihnen die Möglichkeit geben, so zu handeln. .... Deshalb sollten wir nicht den Maklern das vorwerfen, was als Ergebnis herauskommt, sondern sollten es unseren Gesetzen vorwerfen und deshalb unsere Gesetze ändern."

Ich bin sicher, daß wir für vernünftige Gesetze in dieser Richtung eine breite Mehrheit in der Bevölkerung finden werden.

(.../9.5.1973/xs/ja)